



Stadt-Anzeiger Opfikon/Glattbrugg AG
8152 Opfikon
044/ 810 16 44
www.stadt-anzeiger.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 1'678
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 283.003
Abo-Nr.: 1074705
Seite: 5
Fläche: 84'055 mm²

Rutschmann: «Die Gebühren sind für die Gewerbler schon lange ein Ärgernis»



Hans Rutschmann in seinem Büro: «Wir zwingen die Gemeinden vor allem zu mehr Transparenz.» Foto: Daniel Jaggi

Künftig soll das Volk über die Höhe der Gebühren bestimmen. Hans Rutschmann, Präsident des Zürcher Gewerbeverbandes, sagt, warum das nötig ist.

Daniel Jaggi

Hans Rutschmann, viele Gemeinden im Unterland wehren sich mit einem Referendum gegen die Initiative «Ja zu fairen Gebühren!». Sind Sie erstaunt?

Erstaunt bin ich nicht, wir mussten damit rechnen, wobei es nicht Gemeinden sind, sondern einzelne Ge-

meindepräsidenten, die sich wehren. Denn: Wird das Mitspracherecht vergrössert, sind nicht alle erfreut.

Aber in Exekutiven bestimmt nicht der Präsident alleine über die Haltung zu einer Initiative. Es ist stets ein Mehrheitsentscheid.

Ich kann mir vorstellen, dass nicht alle Gemeinderäte so politisch denken und vor allem ihre Bedürfnisse berücksichtigen. Uns geht es aber ums Grundsätzliche. Mir sagte ein Staatsrechtler kürzlich, wenn die Initiative angenommen werde, dann wird das Finanzsystem im Kanton in den Grundfesten verändert.

Erstaunlich ist aber, dass beispielsweise der Bülacher Stadtrat gegen die Initiative des Gewerbeverbandes ist, obwohl die Mehrheit Gewerbetreibende sind.

Ich kenne die Abläufe in den Gemeinden und im Bülacher Stadtrat nicht. Fakt ist: Im Kantonsrat haben die grossen bürgerlichen Parteien SVP, FDP und CVP unsere Initiative praktisch einstimmig unterstützt. Diese grosse Mehrheit hat mich überrascht. Vielleicht war die Nein-Parole eine Empfehlung des Gemeindepräsidentenverbandes. Dieser schliessen sich Gemeinden noch gerne an. Wir sind deswegen aber nicht beunruhigt.



Stadt-Anzeiger Opfikon/Glattbrugg AG
 8152 Opfikon
 044/ 810 16 44
 www.stadt-anzeiger.ch

Medienart: Print
 Medientyp: Tages- und Wochenpresse
 Auflage: 1'678
 Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 283.003
 Abo-Nr.: 1074705
 Seite: 5
 Fläche: 84'055 mm²

Spulen wir doch an den Anfang zurück: Wie kam es überhaupt zur Initiative?

Gebühren sind für KMUs ein grosses Ärgernis. In den letzten zehn Jahren sind sie um rund 70 Prozent gestiegen – viel stärker als das Wirtschaftswachstum und die Teuerung. Zudem sind Gebühren ein beträchtlicher Teil der fiskalischen Abgaben. Im Kanton sind es über zwei Milliarden Franken, etwa ein Drittel der gesamten Steuereinnahmen. In der Stadt Zürich sind die Einnahmen durch Gebühren schon heute höher als jene über Steuern ...

... und warum ist das so?

Der Grund ist einfach: Es ist viel, viel einfacher, an der Gebührenschaube zu drehen als an der Steuerschaube, denn die Gebühren können von der Exekutive, teilweise sogar von der Verwaltung festgelegt werden. Steuererhöhungen dagegen erfordern die Zustimmung des Volks. In Winterthur wurden unlängst die Baubewilligungsgebühren erhöht. Im Antrag des Stadtrats an den Gemeinderat steht ganz ehrlich, diese Erhöhung sei Teil des Haushaltsanierungs-Programms. Es sollen also schlicht und einfach bei gleicher Leistung mehr Einnahmen über Gebühren generiert werden. Dagegen wehren wir uns.

Ein Missbrauch der Gebühren also?

Für uns ist klar, dass die Gebühren benutzt werden, um den Finanzhaushalt einer Gemeinde oder Stadt zu sanieren. Darunter leidet aber die Wirtschaft – und das ist nicht gut.

Dieses Ausweichen von den Steuern auf die Gebühren ist auch politisch nicht korrekt. So gibt es bei einer Steuerfusserhöhung immer auch eine Diskussion. Bei der Festsetzung der Gebühren ist das bislang nicht so.

Aber wieso kommt die Initiative gerade jetzt? Diese Entwicklung ist ja nicht neu.

Irgendwann läuft das Fass über. Die Gebühren sind aber schon lange ein Ärgernis im Gewerbe. Jetzt ist das Thema reif, weshalb wir etwas dagegen unternommen haben.

Der Gemeindepräsidentenverband spricht von schwerwiegenden Folgen, wenn die Initiative angenommen wird. Das sehen Sie wohl anders.

Wir verlangen lediglich, dass die Exekutive dem Stimmbürger alle vier Jahre einen Gebührenkatalog vorlegt. Viele gut geführte Gemeinden verfügen bereits über einen solchen. Sind die Gebühren vernünftig, ist das an einer Gemeindeversammlung ein Viertelstundengeschäft. Sind sie übertrieben, gibt es Diskussionen. Es wird mit der Initiative sicher schwieriger, Gebühren einzuführen oder neue zu kreieren.

Die Gegner sagen aber, jede Gebühr sei aufgrund eines demokratischen beschlossenen Gesetzes eingeführt worden.

Das Gesetz bestimmt aber nicht die Höhe der Gebühr. Es legt nur fest, dass Gebühren erhoben werden dürfen. Ein Beispiel: Die Stadt Zürich erhebt eine Gebühr für die Benützung der öffentlichen Luftsäule. Sie wird fällig, wenn beispielsweise eine an der Hausfassade montierte Reklamentafel über die Grundstücksgrenze aufs Trottoir «ragt». Es wurde nie ein Gesetz angenommen, das Gebühren für die Benützung der öffentlichen Luftsäule festlegt. Zudem steht hinter dieser Gebühr gar keine Leistung der Verwaltung. Sie sind wahnsinnig erfinderisch bei der Schaffung neuer Gebühren.

Aber bei der Wassergebühr ist es so, dass diese kostendeckend sein muss. Es darf also auch nicht mehr erhoben werden als nötig. Das ist doch ok.

Dagegen haben wir auch nichts. Wir haben nichts gegen Gebühren, wenn auch eine Leistung erbracht wird. Es geht einzig und allein darum, dass die Gemeinden und der Kanton nicht einfach über Gebühren zusätzliches Geld eintreiben können. Wir wollen lediglich faire Gebühren.

Aber da beginnt doch das Problem. Wie kann der Stimmbürger feststellen, was ein fairer Preis ist?

Bei den Gebühren gibt es ein Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzip. Das sind objektive Kriterien. Wir sind aber überzeugt: Muss die Exekutive mit den Gebühren vors Volk, wird es schwieriger, daran zu drehen. Unsere Volksinitiative ist zudem ein einfaches, unbürokratisches Mittel.

Das heisst künftig, die Gemeinden werden Gebührenerhöhungen restriktiver vornehmen.

Auf jeden Fall, denn nun muss sich eine Gemeindebehörde die Frage stellen: Ist die Gebühr gerechtfertigt und die Höhe angemessen? Diese Frage musste sie sich bislang nie stellen.

Aber glauben Sie, dies wird nicht schon heute gemacht? Oder wollen Sie als ehemaliger Gemeindepräsident von Rafz sagen, auch Sie hätten die Gebühren nie hinterfragt?

Steigen innerhalb von zehn Jahren die Gebühren um 70 Prozent, ohne dass an den Grundsätzen Änderungen erfolgten, dann besteht doch Handlungsbedarf. Dann wird doch klar: Die Exekutiven weichen von den Steuern auf die Gebühren aus.

Die Gegner der Initiative warnen vor den Folgen, wenn eine Gebühr an der Ge-



Stadt-Anzeiger Opfikon/Glattbrugg AG
 8152 Opfikon
 044/ 810 16 44
 www.stadt-anzeiger.ch

Medienart: Print
 Medientyp: Tages- und Wochenpresse
 Auflage: 1'678
 Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 283.003
 Abo-Nr.: 1074705
 Seite: 5
 Fläche: 84'055 mm²

meindeversammlung abgelehnt wird. Was geschieht dann?

Wird eine Gebührenerhöhung abgelehnt, passiert vorerst gar nichts. Dies geht auch aus einem Gutachten hervor, das der Gewerbeverband in Auftrag gegeben hat. Es gilt weiterhin der alte Preis, bis allenfalls ein neuer Antrag eine Mehrheit findet.

In der Konsequenz wäre es aber so, dass die Gebühren generell sinken würden ...

Das wäre schön. Einige steigen vielleicht, andere sinken. Wir zwingen die Gemeinden vor allem zu mehr Transparenz.

Aber es ist doch logisch, dass die Gebührenzahler, also die Bürgerinnen und Bürger, an der Gebührenschaube nach

unten drehen werden.

Meine Erfahrung ist die, dass der Bürger keineswegs dumm und unbedarft ist. Ist der Gebührenkatalog vernünftig, dann ist das Geschäft an der Gemeindeversammlung unumstritten.

Aber gerade Ihre Partei, die SVP, drängt stets auf Einsparungen. Das ist doch eine Möglichkeit?

Bei ungerchtfertigten Gebühren ist dies auch richtig so. Es wird aber demokratisch entschieden.

Die Folge ist auch klar: Sinken die Gebühren, steigen die Steuern.

Es gibt noch eine dritte Lösung: Sparen.

Aber sehr viele Gemeinden haben bereits ein Sparprogramm.

Die Aufwände des Kantons und der Gemeinden steigen jedoch stetig. Ich kenne kaum eine Gemeinde, die in den letzten Jahren weniger ausgegeben hat. Es wird dann jeweils vom «z'Todspare» gesprochen, das ist ein Schlagwort. Mehr nicht.

Die Annahme der Initiative führt somit nicht dazu, dass bei einer Reduktion der Gebühren die Steuern steigen?

Nicht automatisch. Zwischen Gebühren und Steuern besteht auch kein direkter Zusammenhang.

Die Argumente der Initiativgegner erscheinen kommende Woche.

Die Initiative

Die Initiative «Ja zu fairen Gebühren!» des Kantonalen Gewerbeverbands und des Kantonalen Hauseigentümersverbands verlangt, dass der Souverän sowohl auf Gemeindeebene als auch auf Kantonsebene künftig über die Höhe der Gebühren befinden kann. Der jeweilige Gebührenkatalog soll alle vier Jahre dem Stimmbürger unterbreitet werden.

Nach dem Kantonsrat haben auch 81 politische Gemeinden das Referendum gegen die Initiative ergriffen, wie die Justizdirektion mitteilt. Nötig gewesen wären deren 12. (dj./rs.)

Zur Person

Hans Rutschmann, 67, Architekt, wohnt in Rafz und ist Präsident des Kantonalen Gewerbeverbands Zürich. Er sass während 24 Jahren im Rafzer Gemeinderat, 11 Jahre davon amtierte er als Präsident. Er war zudem 20 Jahre lang Kantonsrat, zuletzt Fraktionspräsident der SVP. Von 2004 bis 2011 gehörte Rutschmann zudem dem Nationalrat an.